

Positionspapier öffentliche Sicherheit im Kanton Aargau

Freigegeben von der Mitgliederversammlung am 03.05.2013

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	1
Polizei	1
Strafverfolgung/Strafjustiz	3
Feuerwehr	4
Militär	4
Bevölkerungsschutz	5
Zivildienst / allgemeine Dienstpflicht	5
IT-Sicherheit	6
Fazit	7

Einleitung

Öffentliche Ordnung und Sicherheit sind wichtige, staatliche Grundaufgaben. Sicherheit garantiert unsere hohe Lebensqualität und ermöglicht eine prosperierende Wirtschaft und ein reichhaltiges kulturelles Leben. Die GLP Aargau setzt sich dafür ein, dass die Sicherheit auf einem hohen Niveau gewährleistet bleibt, ohne die persönlichen Freiheiten übermässig einzuschränken.

Polizei

Die Aufgaben der Polizei sind vielseitig und dauernd im Wandel. Immer wieder tauchen neue Formen der Kriminalität auf wie Cyberkriminalität, Kriminaltourismus oder Expansion von Verbrecherorganisationen. Besonders besorgniserregend sind die stetige Zunahme der Gewaltbereitschaft und der schwindende Respekt vor der Polizei. Dem muss entschieden entgegengetreten werden. Die jeweiligen Polizeiorganisationen müssen entsprechend materiell und personell ausgestattet sein, damit sie ihre Aufgaben wahrnehmen können. Die duale

grünliberale

Polizeistruktur ist daher die richtige Antwort auf die unterschiedlichsten Einsätze und Ansprüche. Sondereinsätze zur Festnahme von gut bewaffneten und ausgebildeten Extremisten/Terroristen oder Bewältigung von Geiselnahmen erfordern eine spezielle Ausbildung und Training. Aufgrund der Seltenheit solcher Ereignisse und dem benötigten Spezialwissen, ist es aus Sicht der Grünliberalen sinnvoll, die kantonalen Sondereinheiten mit denjenigen der Nachbarkantone zusammenzulegen oder in einer Sonderabteilung der Bundespolizei auszulagern. Die erfolgte Auslagerung der Polizei-Scharfschützen bzw. der Einkauf deren Leistungen bei der Berner Polizei als ersten Schritt in diese Richtung wird begrüsst. Damit die zahlreichen Aufgaben möglichst kostengünstig und professionell erfüllt werden können, sollen Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit anderen Organisationen konsequent genutzt werden. In einer Demokratie muss das Gewaltmonopol bei der Polizei bleiben und darf nicht an private Firmen oder privat organisierte Bürgerwehren delegiert werden. Aufgabenteilung und Kompetenzverteilung zwischen den verschiedenen Polizeiorganisationen (Kantons-, Regional- bzw. Gemeinde und Bahnpolizei) und zivilen Sicherheitsunternehmen müssen klar geregelt sein. Schusswaffen - auch militärische Dienstwaffen - gehören aus Sicht der Grünliberalen grundsätzlich nicht in Privathaushalte. Da kein Mobilmachungskonzept mehr besteht, gibt es heute keinen Grund die Dienstwaffen zu Hause aufzubewahren. Deren Lagerung soll in Zeughäusern erfolgen. Konsequenterweise muss dann auch das Obligatorische abgeschafft werden und die Schiessübungen sollen nur noch im Rahmen der Truppenübungen absolviert werden. Der Erwerb von Dienstwaffen nach erfüllter Dienstpflicht soll nur noch möglich sein, wenn der Nachweis erbracht wird, dass man mindestens 3 Jahre zuvor in einem Schiessverein als Sportschütze aktiv war. Die Waffen sollen in diesem Falle zu marktüblichen Preisen verkauft werden. Schusswaffen sollen gesamtschweizerisch in einer zentralen Datenbank erfasst werden. Kantonale Einzel-Lösungen sind ineffizient. Die GLP Aargau unterstützt die Änderung des Konkordats über Massnahmen gegen Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen, damit die Sicherheit an Sportveranstaltungen gewährleistet werden kann. Die fehlbaren Personen sollen möglichst schnell und effektiv eruiert und bestraft werden, ohne die grosse Mehrheit der friedlichen Fans in Sippenhaft zu nehmen. Dazu müssen geeignete Instrumente wie z.B. Schnellgerichte geschaffen bzw. konsequent angewendet werden. Der Aargau hat mit einer Polizeidichte von 741 Einwohnern pro Polizist den tiefsten Wert aller Kantone. Die im Rahmen der Initiative „Mehr Sicherheit für alle“ vorgesehene Erhöhung auf 700 Einwohner pro Polizist bis 2017 muss konsequent umgesetzt werden. Neuralgische Punkte, wie z.B. die grösseren Bahnhöfe im Aargau, sollen mit einer grösseren Präsenz der Polizei versehen werden um potentielle Delinquenten fern zu halten und dadurch das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung zu verstärken. Seit Anfang 2011 ist es der Bundespolizei wegen der Streichung des Artikels 4 im Bundesgesetz nicht mehr möglich, durch verdeckte Ermittlungen präventiv gegen Pädophile vorzugehen. Der Kanton Aargau hat richtig reagiert und ermöglicht durch die Anpassung des Paragraphen 35 des kantonalen Polizeigesetzes verdeckte Ermittlungen im Aargau. Diese Möglichkeit kann aber wegen Personalmangels nicht genutzt werden. Es ist möglichst schnell eine Lösung auf Bundesebene zu schaffen oder die Kantonspolizei entsprechend personell zu verstärken.

glp

Grünliberale Partei Aargau

Postfach

5001 Aarau

ag@grunliberale.ch

grünliberale

Die glp Aargau setzt sich ein für: - Eine klare Aufgaben- und Kompetenzaufteilung zwischen Kanton und Gemeinden im Bereiche der inneren Sicherheit zur Erhöhung der Effizienz und Sicherheit. - Eine eindeutiger formelle gesetzliche Grundlage für die Beauftragung von privaten Sicherheitsdiensten mit öffentlichen Sicherheitsaufgaben (Beitritt zum Deutschschweizer Konkordat) - Eine bedarfsgerechte personelle Erhöhung der Kantonspolizei Aargau bei zusätzlichen Aufgaben z.B. nach Beitritt zum Konkordat gegen Gewalt an Sportanlässen - Reduktion von Schusswaffen in Privathaushalten und Erschwernis von deren Erwerb.

Strafverfolgung/Strafjustiz

Durch die Einführung der Strafprozessordnung (StPO) wurde die Strafverfolgung vereinfacht. Leider sind unerwünschte Nebeneffekte aufgetreten. Die Polizei und die Staatsanwaltschaft sind gezwungen schneller zu ermitteln, da Verdächtige nur noch 24 Stunden (plus weitere 24 Stunden auf Anordnung der Staatsanwaltschaft) auf Verdacht festgehalten werden können. Danach muss eine Haftverlängerung bei Gericht mit den entsprechenden Beweismitteln beantragt werden. Nicht in allen Fällen kann diese in so kurzer Zeit erbracht werden und der Delinquent muss wieder auf freien Fuss gesetzt werden. Ebenfalls entstanden neue administrative Leerläufe bei der Ermittlung, da sich die Kompetenzen bei der Ermittlung teilweise auf die Staatsanwaltschaft verlagert haben und die Polizei gezwungen ist, jeweils die Erlaubnis für weitere Ermittlungsschritte einzuholen. Die negativen Auswirkungen der neuen Strafprozessordnung müssen identifiziert und Gegenmassnahmen ergriffen werden. Den Gerichten obliegt es dem Gesetz Geltung zu verschaffen. Gerichte müssen den Willen des Gesetzgebers respektieren und Gerechtigkeit walten lassen. Eine Verurteilung bezweckt Täter büssen zu lassen, sie zu besserem Handeln in der Zukunft zu erziehen und die Gesellschaft vor gefährlichen Menschen zu schützen. Zu häufig erfolgt ein Strafbescheid oder Urteil erst Jahre nach der Straftat. Dadurch werden nicht nur das Verfahren verteuert und die Wirkung gemindert, sondern auch die Opfer zusätzlich belastet. Die Rechtssprechung muss schneller erfolgen. Die Mittel dafür und für den Strafvollzug müssen zur Verfügung gestellt werden. Gegen Hooligans an Sportanlässen und gewaltbereite Chaoten bei Demonstrationen sollen konsequent Schnellgerichte zum Einsatz kommen. Zu deren Unterstützung müssen Mittel wie z.B. hochauflösende Kameras beschafft werden und mit Szenekennern enger zusammengearbeitet werden, um Delinquenten schnell und zuverlässig identifizieren zu können. Repressionen alleine genügen aber nicht um die Sicherheit zu erhalten. Präventive Massnahmen in Schulen unter Mitwirkung von Fachleuten (z.B. gegen Vandalismus, Jugendgewalt) sind genauso wichtig. Das Thema Zivilcourage muss bereits in der Schule thematisiert und gefördert werden.

Die glp Aargau setzt sich ein für: - Effiziente, wirkungsvolle und professionelle Strafverfolgungsbehörden - Die Förderung von Gewaltprävention bereits in Schulen



Grünliberale Partei Aargau

Postfach

5001 Aarau

ag@grunliberale.ch

Feuerwehr

Die Feuerwehren sollen auch zukünftig mit modernen Mitteln ausgerüstet und die Angehörigen der Feuerwehren weiterhin fachkundig aus- und weitergebildet werden. Die Neustrukturierung der Feuerwehren durch Fusion und Aufteilung in neue Kreise ist weitgehend abgeschlossen. Das Sparpotential ist nun ausgeschöpft und weitere „angeordnete“ Zusammenlegungen gefährden die Sicherheit, da Ortskenntnisse für die Einsätze wichtig sind und die Verbundenheit mit dem Ort die Rekrutierung erleichtern. Allenfalls muss materiell oder personell nachgerüstet werden und die Zusammenarbeit der z.T. neuen Regionalen Feuerwehren untereinander muss gefördert werden. Gegen Hochwasser sind verstärkt bauliche Massnahmen zu treffen und die Zusammenarbeit mit den Zivilschutzorganisationen ist zu fördern, um dem sinkenden Gesamtfeuerwehrbestand (durch zahlreiche Fusionen) gerecht zu werden.

Die glp Aargau setzt sich ein für: - Eine starke und gut ausgebildete Feuerwehr - Eine effiziente und bürgernahe Feuerwehr - Die Förderung regionaler Zusammenarbeit auch mit Partnerorganisationen

Militär

Die glp Aargau ist grundsätzlich der Meinung, dass die Schweiz sich auch gegen äussere Bedrohungen wehren können muss. Deshalb stellt sie die Armee nicht grundsätzlich in Frage, aber deren Ausgestaltung muss auf die aktuelle und zukünftige Bedrohungslage ausgerichtet sein. Dazu ist eine genaue Analyse der Gefährdungslage und den möglichen Reaktionen darauf auf Ebene Schweiz notwendig. Gegen spezielle Bedrohungen wie Terroranschläge, Geiselnbefreiung oder Cyberwar sollen professionelle Einheiten aufgestellt und eingesetzt werden, die eng mit den Polizeibehörden und Nachrichtendiensten zusammenarbeiten. Das bereits bestehende Armee-Aufklärungsdetachment 10 (AAD 10) wurde als militärische Sondereinheit ausgebildet und erfüllt z.T. die Anforderungen um spezielle Bedrohungen zu meistern. Es ist aber zu prüfen ob die Mittel nicht besser zur Polizei, z.B. in eine Spezialabteilung der Bundespolizei analog zur Deutschen GSG9 (siehe auch Abschnitt Polizei), umgelagert werden könnten. Damit würden die dafür nötigen Mittel effizienter eingesetzt werden, da Einsätze im zivilen Bereich wahrscheinlicher sind. Die beste Verteidigung ist aber Prävention, nebst der politischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit (Entwicklungspolitik, fairer Handel) sollen Schweizerische Interessen und deren Sicherheit auch weiterhin im Ausland mit militärischen Mitteln geschützt werden. Voraussetzungen sollen internationale Mandate zur Friedenssicherung z.B. von der UNO sein, die rein defensiv ausgerichtet, helfend und unterstützend ausgelegt sind. Aufgrund der immer kleiner werdenden Armee und den gestiegenen Bedürfnissen an staatliche Dienstleistungen, soll die obligatorische Wehrpflicht für Männer in eine allgemeine Dienstpflicht auch für Frauen umgewandelt werden. Damit die Armee in der Bevölkerung verankert bleibt, sollen die Aargauer Waffen- und Ausbildungsplätze erhalten bleiben, wenn dies wirtschaftlich und ausbildungstechnisch sinnvoll ist. Dadurch können auch wertvolle Arbeitsplätze gesichert werden.

grünliberale

Regelmässige Analysen, ob die Steuergelder effizient im Sinne der Ziele eingesetzt werden, sowie Korrekturmassnahmen beim Feststellen von Mängeln sind notwendig.

Die glp Aargau setzt sich ein für: - Den Erhalt der Waffen- und Ausbildungsplätze mit deren Arbeitsplätze im Aargau, wenn die Ausbildungsmöglichkeiten notwendig und die Standorte wirtschaftlich sinnvoll sind - Professionelle Sondereinheiten gegen spezielle Bedrohungen wie Terrorismus und Cyberwar - Den Schutz der Schweizerischen Interessen und Sicherheit auch im Ausland durch gezielte Auslandseinsätze unter einem UNO-Mandat - Eine allgemeine Dienstpflicht statt Wehrpflicht - Den effizienten Einsatz von Steuergeldern mit entsprechender regelmässiger Überprüfung

Bevölkerungsschutz

Zweck des Bevölkerungsschutzes ist es, die Bevölkerung und ihre Lebensgrundlagen bei natur- und zivilisationsbedingten Katastrophen, in Notlagen sowie in Fällen bewaffneter Konflikte zu schützen. Um dies sicherstellen zu können, braucht es eine einsatzbezogene Ausbildung im Bereich Katastrophenschutz und die Zusammenarbeit mit den Führungsstäben und Partnerorganisationen, wie Polizei, Feuerwehr, Gesundheitswesen und technischen Betrieben. Es ist zu prüfen, ob Einsätze des Militärs zu Gunsten von grossen Sport- und Kulturveranstaltungen nicht durch Zivilschutzorganisationen übernommen werden können. Die Bereiche Verkehrsregelung, Sanität und Verpflegung sind Kernaufgaben des Zivilschutzes. Einsätze in diesen Bereichen sind sinnvolle und praxisnahe Trainings für Katastropheneinsätze. Fusionierte Feuerwehren haben z.T. mehrere Zivilschutzorganisationen (ZSO) als Partner, was die gemeinsame Ausbildung und Zusammenarbeit erschwert. Die Zivilschutzorganisationen sollten daher geografisch auf die Feuerwehrkreise abgestimmt werden.

Die glp Aargau setzt sich ein für: - Einen starken und gut ausgebildeten Bevölkerungsschutz - Die Synchronisation und verstärkte Zusammenarbeit der Zivilschutzregionen mit den Feuerwehrkreisen

Zivildienst / allgemeine Dienstpflicht

Wer aus Gewissensgründen nicht in der Lage ist, den Militärdienst mit der Waffe zu absolvieren, hat heute die Möglichkeit die Dienstpflicht mit der 1.5-fachen Dauer im Zivildienst abzuleisten. Die GLP Aargau ist der Meinung, dass eine allgemeine Dienstpflicht für alle anstelle der Wehrpflicht für Schweizer Männer eingeführt werden soll. Diese Dienstpflicht soll auch auf Ausländer mit einer Niederlassung C ausgedehnt werden um eine Benachteiligung auf dem Arbeitsmarkt zu verhindern. Grundsätzlich soll die Dienstpflicht im Militär (aus völkerrechtlichen Gründen nur für Schweizerinnen/Schweizer) oder als ziviler Dienst absolviert werden können



Grünliberale Partei Aargau

Postfach

5001 Aarau

ag@grunliberale.ch

grünliberale

wobei die Eignung und der Bedarf an Dienstleistende berücksichtigt werden muss. Die für alle gleich lange Dienstdauer soll, gegenüber der heutigen Dauer von 260 Tagen für Mannschaftsgrade, verkürzt und auf die in naher Zukunft unwahrscheinliche Kriegsgefahr angepasst werden. Durch die verkürzte Dienstdauer ist es auch möglich, die zu erwartenden Mehrkosten z.B. bei der Erwerbsersatzordnung (EO) weitgehend zu kompensieren. Die Einsatzmöglichkeiten der Zivildienstleistenden sollen weiterhin in den Bereichen Pflege, Betreuung, Umwelt- und Naturschutz konzentriert bleiben. Weitere Einsatzmöglichkeiten sollen aber überprüft werden, dürfen aber die Privatindustrie nicht konkurrenzieren.

Die glp Aargau setzt sich ein für: - *Eine allgemeine Dienstpflicht für alle Schweizer Bürgerinnen und Bürger und Ausländer/Ausländerinnen mit einer Niederlassungsbewilligung C (nur zivile Dienste) um eine Benachteiligung auf dem Arbeitsmarkt zu verhindern - Eine der Bedrohung angepasste verkürzte Dienstdauer*

IT-Sicherheit

IT-Sicherheit ist eine Schlüsseltechnologie und trägt zur Souveränität der Schweiz bei. Besonders anfällige und vitale Infrastruktur wie die Kernkraftwerke, der öffentliche Verkehr, die Telekommunikation etc. sind ohne IT nicht betreibbar und entsprechend schutzbedürftig. Daher soll die Forschung und Entwicklung im Aargau z.B. an der Fachhochschule Nordwestschweiz und durch wirtschaftliche Anreize für IT-Sicherheitsunternehmen gefördert werden. Auch im privaten Bereich wird durch die immer stärkere Nutzung von Internet und Social Media-Netzwerken guter IT-Schutz notwendig. Im Bereich Cyberkriminalität und Pädophilie ist es wichtig, dass die Bevölkerung über die Gefahren und Gegenmassnahmen informiert werden. Am besten erwerben Kinder entsprechende Kompetenzen bereits in der Schule.

Die glp Aargau setzt sich ein für: - *Die Sensibilisierung der Bevölkerung betreffend IT-Sicherheit wie z.B. Cybercrime, Datenschutz - Die Förderung von Sicherheitstechnologien in der Forschung, Entwicklung und Produktion mit der Vision „Vom Energiekanton zum Technologiekanton“*



Grünliberale Partei Aargau

Postfach

5001 Aarau

ag@grunliberale.ch

Fazit

Öffentliche Ordnung und Sicherheit sind wichtige Eckpfeiler für eine prosperierende Wirtschaft und ein reiches kulturelles Leben. Die GLP Aargau setzt deshalb folgende Schwerpunkte in der Sicherheitspolitik:

- Die Sicherheitsorganisationen müssen gut ausgebildet und ausgerüstet sein. Die Zusammenarbeit untereinander muss gefördert werden.
- Das Gewaltmonopol muss bei der Polizei bleiben und darf nicht an private Organisationen delegiert werden. Kompetenzen und Verantwortlichkeiten müssen klar geregelt sein.
- Sondereinheiten der Polizei sollten zusammengelegt werden um möglichst effizient und kostengünstig zu sein. Eine Schaffung einer entsprechenden neuen Bundespolizeiabteilung ist zu prüfen.
- Die Strafverfolgungsbehörden müssen effizient und wirkungsvoll sein. Dafür müssen die notwendigen Mittel zur Verfügung gestellt werden und wenn nötig, die gesetzlichen Grundlagen geschaffen oder angepasst werden.
- Prävention z.B. gegen Jugendgewalt, Internetkriminalität, Pädophilie etc. muss insbesondere in Schulen stärker gefördert werden.
- Feuerwehr und Zivilschutz übernehmen wichtige zivile Sicherheitsaufgaben und müssen daher bedarfsgerecht ausgerüstet und ausgebildet werden.
- Ausrüstung und Bestand der Armee müssen der aktuellen und zukünftigen Bedrohungslage angepasst werden. Für spezielle Bedrohungen sollen Sondereinheiten ausgebildet und ausgerüstet werden. Es soll dabei überprüft werden diese Sondereinheiten bei der Polizei anzusiedeln.
- Statt der Wehrpflicht für Männer soll eine allgemeine Dienstpflicht eingeführt werden für alle Schweizer Bürgerinnen und Bürger und Ausländer/ Ausländerinnen mit einer Niederlassungsbewilligung C (nur zivile Dienste) um eine Benachteiligung auf dem Arbeitsmarkt zu verhindern.
- IT-Sicherheit als Schlüsseltechnologie muss in der Forschung, Entwicklung und Produktion gefördert werden. Die GLP Aargau will die Vision „Vom Energiekanton zum Technologiekanton“ durch geeignete Massnahmen umsetzen.
- Controlling über die Effizienz der jeweiligen Massnahmen.